



Pressemeldung

Nr. 34 vom 26.06.2017

Seite 1 von 1

Missbrauchsbeauftragter bittet nächste Bundesregierung um stärkeres Engagement im Kampf gegen sexuellen Missbrauch

Rörig: „Kindesmissbrauch ist kein bedauerlicher Einzelfall, sondern ein weit verbreitetes Gewaltphänomen!“

Berlin, 26.06.2017. Das **Positionspapier „Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche verhindern – Betroffenen Unterstützung, Hilfe und Anerkennung ermöglichen“** des Beauftragten und der bei seinem Amt angesiedelten Gremien wird heute an zahlreiche politische Entscheidungsträger wie Ausschüsse und Fraktionen des Deutschen Bundestages, Bundes- und Länderressorts, die Parteispitzen sowie zivilgesellschaftliche Akteure übersendet. Das Positionspapier enthält Empfehlungen an Politik und Gesellschaft zu den sechs Schwerpunktthemen Prävention, Gefahren durch die digitalen Medien, Hilfen für Betroffene, rechtliche und behördliche Verfahren, Forschung und Lehre sowie Aufarbeitung. Die Empfehlungen machen deutlich, dass in Deutschland noch sehr viel mehr als bisher getan werden muss, um Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen frei von sexueller Gewalt und Betroffenen bedarfsgerechte Hilfen zu ermöglichen.

Johannes-Wilhelm Rörig, Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs: „Die Polizeiliche Kriminalstatistik führt uns jedes Jahr drastisch vor Augen, dass es uns offenbar noch nicht erkennbar gelungen ist, Kinder in Deutschland besser vor sexueller Gewalt zu schützen. Das Ausmaß sexueller Gewalt, das Kindern Jahr für Jahr in Deutschland angetan wird, dürfen wir als Gesellschaft nicht länger hinnehmen! Wir dürfen nicht weiter abstumpfen, sondern müssen den Kampf gegen sexuellen Missbrauch zukünftig mit aller Konsequenz und verstärkt führen. Dieser Kampf ist eine Daueraufgabe! Ich hoffe, dass die künftige Bundesregierung versteht, wie schwerwiegend sexueller Missbrauch unsere Gesellschaft durchsetzt, und dafür sorgt, dass dieses enorme gesellschaftliche Gewaltphänomen ganz oben auf eine ressortübergreifende Agenda von Bund und Ländern gehört! Im Kampf gegen Missbrauch müssen dringend andere strukturelle und finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden. Neben dem Ausbau von Präventions- und Hilfsangeboten brauchen wir eine breite und auf Dauer angelegte Sensibilisierung und Aufklärung der Gesellschaft. Alle Menschen in Deutschland müssen wissen, was Missbrauch ist und an wen man sich bei Vermutung und Verdacht wenden kann. Das Wegschauen muss ein Ende haben!“

Das Positionspapier ist gemeinsam mit dem Beirat und dem Betroffenenrat beim Unabhängigen Beauftragten sowie im Einvernehmen mit der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs entstanden und wurde im Rahmen einer zweitägigen Gremiensitzung am 22./23. Mai 2017 verabschiedet.

Weitere Informationen: <https://beauftragter-missbrauch.de/presse-service/meldungen/detail/news/ubskm-bittet-naechste-bundesregierung-um-staerkeres-engagement-im-kampf-gegen-missbrauch-und-um-unte/>